

Henri Bents / Birgit Geissler / Enno Neumann
Krisenreaktion und gewerkschaftliche Interessenvertretung

Wenn sich die Hoffnungen auf einen Zusammenhang von kapitalistischer Krise und einer auf ihre gesellschaftliche Emanzipation gerichteten Reaktion der Lohnabhängigen wieder einmal nicht erfüllt haben, so kann dies nicht verwundern, beruhen diese Hoffnungen doch auf einer zu kurzgreifenden Analyse. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Krise die Lohnabhängigen in sehr unterschiedlicher Weise trifft, wobei eine längere Arbeitslosigkeit nur den krassensten Fall von Krisenbetroffenheit darstellt. Aber nicht nur in der Dimension der Beschäftigung, ebenso bei der Entlohnung, bei den Arbeitsbedingungen, der unterschiedlichen Qualifikation etc. können Reproduktionsrisiken für die Besitzer der Ware Arbeitskraft festgestellt werden.

Obwohl es selbstverständlich sein sollte, wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß die Untersuchung des Zusammenhangs von kapitalistischer Krise und der Reaktion der Lohnabhängigen von den unterschiedlichen konkreten Formen der jeweiligen Krisenbetroffenheit auszugehen hat. Vor allem die Kriterien Alter, Geschlecht, Nationalität, Qualifikation, etwaige Behinderung, betriebliche und Branchensituation sowie regionale Besonderheiten spielen dabei eine differenzierende Rolle. Aufgrund dieser Merkmale ergeben sich Lohnarbeitergruppierungen mit einer spezifischen Stellung in der Konkurrenz auf dem betrieblichen und außerbetrieblichen Arbeitsmarkt und mit entsprechenden Marktchancen. Allerdings reicht der Hinweis auf die Differenzierung der objektiven Krisenbetroffenheit keineswegs aus, um das Fehlen einer einheitlich-offensiven Krisenreaktion der Lohnabhängigen zu erklären. Aus der Feststellung, daß die der Stellung in der Konkurrenz entsprechenden Arbeitsmarktsegmente unterschiedliche Reaktionsmuster auch bei gleicher Krisenbetroffenheit, zum Beispiel einer Betriebsschließung, zeigen, kann nicht rückgeschlossen werden, daß auch eine grundsätzlich unterschiedliche Krisenwahrnehmung vorliegt, der Unterschied mag darin liegen, daß die einen für sich noch individuelle Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen, während andere zum Beispiel staatliche Maßnahmen zur Wahrung oder Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen fordern. Beiden Reaktionsweisen liegt jedoch die Annahme zugrunde, daß im Prinzip die individuelle Reproduktion von Lohnabhängigen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse gesichert werden könne, so daß die unterschiedlichen Reaktionsweisen letztlich auf einer identischen Interpretation der gesellschaftlichen Realität beruhen.

Wie weit die Anerkennung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen quer durch alle Arbeitsmarktsegmente hindurchgeht, zeigt sich, wenn man die empirisch feststellbaren Formen der Wahrnehmung der allgemeinen Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Krise betrachtet, die wir im ersten Teil unseres Aufsatzes kurz vorstellen wollen. Im Hinblick auf diese Phänomene ist deren realistische Wahrnehmung (sowohl in ihrer Bedeutung für die Lohnabhängigen allgemein wie auch für den einzelnen Lohnarbeiter) relativ selten anzutreffen und dies unabhängig von der jeweiligen Stellung in der Konkurrenz.

Vielmehr wird zum Beispiel das Problem der Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen gelehnet, bagatellisiert oder mit unterschiedlichen Argumenten als Teilphänomen abgetan. Diese Form der Krisenwahrnehmung ist um so bedenklicher, als sie häufig mit einer autoritären Wendung gegen Minderheiten und mit gewerkschaftlicher Passivität einhergeht, worin sich auch eine existenzielle Verunsicherung der Lohnabhängigen in der Krise manifestiert. Im zweiten Teil unseres Artikels wollen wir zeigen, daß aus dieser Verunsicherung für die Gewerkschaften nicht nur eine Gefahr, sondern auch die Chance erwächst, Lohnarbeiterinteressen offensiver aufzugreifen.

Die folgenden Überlegungen sind im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Krisenreaktion von Lohnarbeitern entstanden, das seit 1978 an der Universität Bremen durchgeführt wird. Es geht um die Frage, wie sich direkte und indirekte, persönliche und allgemeine Krisenbetroffenheit auf Bewußtsein und Verhalten auswirken, und durch welche Faktoren sie gegebenenfalls verändert werden. Mit 160 Arbeiterinnen und Arbeitern aus fünf Metallbetrieben Norddeutschlands wurden bzw. werden im Abstand von zwei Jahren qualitative Interviews durchgeführt. Die erste Untersuchungswelle sowie eine erste Auswertungsphase sind abgeschlossen und erste Ergebnisse veröffentlicht worden. (Zoll u.a. 1981) Im ersten Auswertungsschritt sind die Interviews horizontal nach Themen ausgewertet worden, wobei der manifeste Sinn der Interviews im Vordergrund der Auswertung stand. Bei den Themen handelt es sich um die objektive Krisenbetroffenheit, die Formen der Krisenwahrnehmung, die von Staat, Gewerkschaften und Unternehmern erwarteten Krisenmaßnahmen und die subjektiven Strategien der Lohnarbeiter gegenüber Krisenbetroffenheit. In diesem Artikel beziehen wir uns darüberhinaus auf Ergebnisse der weiteren Interpretationsarbeit, in der die Interviews vertikal auf ihre jeweilige innere Logik hin ausgewertet werden. Erst in dieser Auswertungsphase ist es möglich, latente Sinnstrukturen des Bewußtseins zu entschlüsseln, die sich nur aus der inneren Logik eines Interviews ergeben.

Teil I: Krisenreaktion:

Ansatz zu gesellschaftlicher Veränderung oder Abwehr der Betroffenheit

Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung über »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« belegen zwei grundsätzlich verschiedene Arten der subjektiven Wahrnehmung und Verarbeitung der Krise als gesellschaftliche Phänomene und als persönlicher Krisenbetroffenheit: Die eine Art der Wahrnehmung reduziert die Bedeutung von Krise und Arbeitslosigkeit, und zwar in der Regel sowohl für die eigene Person als auch für die Allgemeinheit; die andere Art der Wahrnehmung thematisiert dagegen den Zusammenhang zwischen eigener Betroffenheit und allgemeiner Krisenbetroffenheit der Lohnarbeiter und versucht, diesen Zusammenhang zu begreifen.

Bevor jedoch auf die verschiedenen Wahrnehmungsformen näher eingegangen wird, muß betont werden, daß die befragten Industriearbeiter und -arbeiterinnen mit wenigen Ausnahmen stark von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen sind. In der Werftindustrie folgte dem Zusammenbruch des Tankermarktes ein allgemeiner Auftragsrückgang. Arbeitsplatzvernichtung, Abbau von Überstunden und Kurzarbeit sowie Umstrukturierung der Produktion sind die Folgen. In der Elektroindustrie sind die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen vermittelt durch und verbunden mit technologischen Prozessen, die Produkt und Arbeitsablauf einschneidend verändern. Die Auswirkungen der Krise führen hier

zum Teil zu anderen Formen der Krisenbetroffenheit als in der Wertindustrie. Im wesentlichen handelt es sich jedoch um eine Betroffenheit in denselben Dimensionen:

- *Beschäftigung* (Personalreduzierung in den verschiedensten Formen, von der Stilllegung von Zweigwerken bis zur Verkleinerung von Arbeitsgruppen; Umsetzungen; Kurzarbeit; etc.);

- *Einkommen* (Abgruppierung nach Umsetzung; Veränderungen des Verhältnisses von Lohn und Leistung; etc.);

- *Arbeitsbedingungen* (Intensivierung der Arbeit durch Verkleinerung der Arbeitsgruppe, durch Verkürzung der Taktzeiten und andere Maßnahmen; Verschlechterung des Arbeitsklimas; etc.);

- *Arbeitsinhalt* (Veränderung der Arbeitsaufgaben);

- *beruflicher Aufstieg* (Verlust von Entscheidungskompetenz; Status oder Aufstiegsmöglichkeiten);

- *Qualifikation* (Entwertung der erworbenen beruflichen Qualifikation oder auch der Arbeitsqualifikation).

Trotz der starken Krisenbetroffenheit, die verbreiteter ist als selbst in den Gewerkschaften oft angenommen wird, vollzieht nur ein Teil der Arbeiter die objektive Betroffenheit auch subjektiv nach. Die Entstehung der reduktionistischen Formen der Krisenwahrnehmung, die das Ausmaß der Krisenbetroffenheit bagatellisieren oder verdrängen, wird durch Strategien der Durchsetzung der Krisenmaßnahmen von Seiten der Unternehmen begünstigt, die darauf zielen, die Reichweite und den Umfang ihrer krisenbedingten Maßnahmen zu verschleiern. Seit Anfang der 70er Jahre hat sich im Zuge der Verbreitung der Sozialplanpraxis (Novellierung des Betr VerfG 1972: Zwang zum Interessenausgleich) ein breitgefächertes personalpolitisches Instrumentarium entwickelt, durch dessen Anwendung die Betriebe kurzfristige und umfangreiche Entlassungsaktionen - ebenso wie solche Einstellungsaktionen - vermeiden können. Dieses Instrumentarium, das auf eine längerfristige Anpassung zielt, umfaßt u.a. folgende Maßnahmen: Einstellungsstopp, Sozialplan, Aufhebungsverträge, Frühverrentung und außerordentliche Kündigungen dienen der Reduzierung der Belegschaft. Kurzfristigen Anpassungserfordernissen wird im wesentlichen durch Veränderungen der Arbeitszeit, d.h. Kurzarbeit und Überstunden, Genüge getan. Wenn Überstunden einen etwaigen Mehrbedarf nicht befriedigen, werden Leiharbeiter oder Fremdfirmen eingesetzt.

Personalreduzierungen sind dadurch unspektakuläre, langfristige, »unsichtbare« Prozesse geworden, die dem Unternehmen durchaus erlauben, die Beschäftigungsstruktur zu verändern, zu »optimieren«; dies geschieht in der Regel zum einen durch eine scharfe Selektion der geringen Zahl an Einstellungen, zum anderen durch gezielte Einzelentlassungen von »auffälligen« Arbeitnehmern (»Faulenzer«, »Krankfeierer«, Alkoholiker). Diese Begründungen für außerordentliche Kündigungen treffen dann häufig auf das Verständnis der anderen Beschäftigten, deren projektive Schuldzuschreibungen, daß die Arbeitslosen an ihrem Schicksal selber schuld seien, dadurch bestätigt werden.

Diese Strategien der Unternehmen nutzen darüber hinaus die Tatsache aus, daß die Krisenreaktion von der Form bzw. der Schwere und Unmittelbarkeit der Krisenbetroffenheit abhängig ist: ob die Krisenmaßnahme mit einem Mal oder schrittweise über einen längeren Zeitraum durchgesetzt wird. Die personalpolitische Strategie der Unternehmer zielt letztlich darauf ab - soweit es unter Berücksichtigung des jeweiligen Einzelkapitalinteresses machbar ist - kollektive Reaktionen der Lohnarbeiter zu vermeiden.

Trotz der Breite und Unterschiedlichkeit der angetroffenen Wahrnehmungsformen gibt es zwei klar erkennbare Grundrichtungen der Reaktion. Vorherrschend ist eine Wahrnehmungsform von Arbeitslosigkeit und Krise, die in schaffrem Widerspruch zum gewerkschaftlichen Grundprinzip der Solidarität steht. Diese – wie sie in der Studie genannt wird – reduktionistische Wahrnehmung – wurde bei Gewerkschaftsmitgliedern ebenso vorgefunden wie bei nichtorganisierten Arbeiterinnen und Arbeitern, sogar bei gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ist sie anzutreffen.

In der reduktionistischen Form der Krisenwahrnehmung werden die Krisenphänomene gelehnet, nur isoliert wahrgenommen oder bagatellisiert. Die Gründe für die Krise werden personalisiert; Teilphänomene werden für die gesamte Realität gehalten; gesellschaftliche Zusammenhänge werden nicht hergestellt, geschichtliche Entwicklungen ausgeblendet. Es ist zwar relativ selten, daß eine Arbeiterin oder ein Arbeiter die Arbeitslosigkeit schlichtweg lehnet, wie es im folgenden Zitat geschieht:

»Ich kann hinhören, wo ich will, ich find keine Arbeitslosen. Wirklich nicht. Also ich weiß gar nicht, was das für Menschen sind, die arbeitslos sind.« (420/21)

Häufiger werden die Arbeitslosenzahlen kunstvoll auf Null heruntergerechnet, so daß sie keine Bedrohung mehr darstellen:

»Ja, das ist eine einfache Sache, da sind mindestens 300 000, die nicht arbeiten wollen. Und dann sind es ungefähr 150 000 bis 200 000, wo saisonbedingt gearbeitet wird, das sind schon 500 000, so ungefähr. Und 200 000 sind Leute, die wirklich im Umschulungsprozeß sind, also ich glaube nicht, daß wir eine Arbeitslosigkeit haben, die übernormal ist. Wir haben eine normale Arbeitslosenquote.« (226/66)

Verbreitet ist auch die Leugnung des Krisenphänomens gerade in der schwer von der Krise betroffenen Wertindustrie:

»Also ich würde das nicht Krise nennen. Ein normaler Vorgang ist das.« (104/15)

Die Reduktion des Krisenproblems kann äußerst vielfältige Formen annehmen. Oft werden die Erscheinungen räumlich verlagert, zum Beispiel in andere Länder, oder nur zeitlich in die Vergangenheit oder in die Zukunft verschoben, nicht aber in ihrer Aktualität wahrgenommen. Die Reduzierung auf Bekanntes ist ebenfalls eine verbreitete Form der Krisenverarbeitung:

»Auf den Werften ist ja fast alle 10 Jahre so eine kleine Krise gewesen.« (110/8)

Dabei ist der Widerspruch zu den eigenen Aussagen dieses Arbeiters offensichtlich, in denen er die enorme Reduzierung der Belegschaft in den vergangenen Jahren schildert, eine Reduzierung, die weitaus größer ist als die verhältnismäßig geringen Schwankungen der Belegschaftszahlen in den Jahren zuvor.

Zu dieser Form der direkten Reduktion des Phänomens treten andere der indirekten Reduktion, in denen Arbeitslosigkeit und Krise zwar wahrgenommen werden, ihre Bedeutung für die eigene Person aber dadurch gemindert wird, daß personalisierende Schuldzuschreibungen vorgenommen werden. So gibt ein Drittel der befragten Arbeiter die Schuld für die Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen selbst. Diese Arbeiter gehen in ihrer Stellungnahme von dem Vorurteil aus, daß jeder, der ernsthaft Arbeit suche, auch welche finde.

»Wer arbeiten will, der kriegt doch Arbeit. Wenn es keine Arbeit geben würde, dann würde sich ein Arbeitsloser hier niemals soviel nebenbei verdienen können.« (336/24)

Ein Sechstel der Befragten nennt die Anwesenheit ausländischer Arbeiter als Ursache der Arbeitslosigkeit.

»Ich glaub, darin liegt auch die Ursache der großen Arbeitslosigkeit, zuviele Gastarbeiter, das glaube ich ganz bestimmt. Jetzt sind zuviele hier im Land, jetzt werden wir sie nicht mehr los.« (313/29)

Ihre Begründung findet diese Einschätzung in dem quantitativen Vergleich der Arbeitslosenzahlen mit der der ausländischen Beschäftigten. In dieser Deutung wird weder die qualitative Struktur der Arbeitslosigkeit noch die Geschichte der Arbeitereinwanderung in der Bundesrepublik berücksichtigt, ganz zu schweigen von dem Fehlen jeglicher Solidarität mit den ausländischen Kollegen, von denen auch viele arbeitslos sind.

In ihrer Untersuchung kommen auch Schumann u.a. (1982) zu dem Ergebnis, daß die Legitimationsmuster von »Chancengleichheit und Leistungsadäquanz sozialer Zuweisungen und Gratifikationen weitgehend verfangen haben« und danach »die Arbeitslosen nicht selten als diejenigen (gelten), deren Leistungsfähigkeit und auch -bereitschaft unzureichend sei.« (SOFI 1981,7) Wenn die Autoren jedoch von diesen Ergebnissen her, die mit den unseren weitgehend übereinstimmen, auf eine »Krise ohne Schrecken« rückschließen, liegt dem eine schwerwiegende Fehlinterpretation zugrunde. Hier wird nämlich ein objektivistischer Zusammenhang von Krisenbetroffenheit und Krisenreaktion unterstellt. Wenn die Krisenbetroffenheit erst stark genug ist, werden auch die bislang noch gefestigten Gesellschaftsinterpretationen problematisiert werden. (ebd.) Dem muß jedoch entgegengehalten werden, daß der »Schrecken« affirmativen Gesellschaftsinterpretationen keineswegs widerspricht, sondern diese eher zu verhärten scheint, statt zu ihrer Problematisierung zu führen. Was sich auf der Oberfläche des manifesten Sinnes noch als relativ optimistische Zukunftserwartung darstellen mag, ist nicht umstandslos wortwörtlich zu nehmen, denn es kann durchaus die Erscheinungsform einer tiefgreifenderen Verunsicherung sein.

Die Gründe für die reduktionistische Wahrnehmung und Verarbeitung von Krisenphänomenen sind in der psychischen Funktion zu suchen, die die Reduktion für die Individuen hat. Es handelt sich in der Regel um Formen der Angstabwehr (vgl. A. Freud), das heißt, durch die Umdeutung und Reduktion der Phänomene wird die Angst von der eigenen, in Zukunft wohl möglicherweise noch stärkeren Betroffenheit verdrängt. Die reduktionistische Wahrnehmung der sozialen Realität hat in diesem Sinn für die Individuen eine stabilisierende Funktion, weil sie die Deutung sonst unerklärlicher und bedrohlicher sozialer Zusammenhänge ermöglicht.

Diese reduktionistische Form der Krisenwahrnehmung geht allerdings meist einher mit einer Tendenz zu gewerkschaftspolitischen Zurückhaltung und Passivität. An der Variante der personalisierenden Schuldzuschreibung wird zudem auch deutlich, daß die reduktionistische Krisenwahrnehmung eine entsolidarisierende Wirkung hat. Verständlicherweise sind solche Tendenzen eine denkbar schlechte Grundlage für gewerkschaftliche Gegenwehr gegen die Krisenmaßnahmen.

Die Grundlage einer die Bedeutung der Phänomene nicht reduzierenden Wahrnehmung ist der Ansatz zu ihrer Thematisierung (vgl. T. Leithäuser), das heißt, die Befragten versuchen, die Krisenerscheinungen in einen Zusammenhang von Krisenerklärungen zu bringen, der historische Entwicklungen berücksichtigt. Objektive Faktoren des Wirtschaftsablaufs werden nicht als einzelne, sondern als Teile eines komplexen Prozesses begriffen; Teilphänomene werden nicht isoliert betrachtet, sondern in den Zusammenhang des Versuchs einer umfassenden Erklärung gestellt. Bemerkenswert ist ferner die Sensibilität dieser

Interviewpartner für die sozialen Folgen der Krise. Die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung wenden sich nicht gegen die Betroffenen, sondern sollen ihnen helfen. Diese Befragten setzen sich häufig für gewerkschaftliche Aktivitäten zur Bewältigung der Krise ein.

Diese Art der Krisenwahrnehmung und Verarbeitung ist jedoch nicht nur in weniger Fällen anzutreffen, als die zuerst beschriebene, sie ist auch selten in der stimmigen Form anzutreffen, in der sie skizziert wurde. Es handelt sich vielmehr um einen *Prozeß* der Thematisierung sozialer Strukturen, der in unterschiedlichen Bereichen ansetzen kann und dementsprechend auch einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand hat. Widersprüche in der Krisenverarbeitung belegen ihren Prozeßcharakter. Dieser Prozeß setzt sich auch im Individuum aus widerstreitenden Bewegungen zusammen: Sensibilisierung, Thematisierung, gewerkschaftliches Engagement stehen auf der einen, reduktionistische Wahrnehmung, Resignation und Passivität auf der anderen Seite.

Im folgenden sollen anhand der Aussagen von zwei Befragten Ansätze von Thematisierung exemplifiziert werden. So versucht ein Schiffbauer mit der Theorie der Überproduktion die Arbeitslosigkeit zu erklären. Die Ursache der Überproduktion wird dabei in der technischen Entwicklung des Produktionsprozesses gesehen.

»Wir kennen ja an und für sich zwei Arten von Krise, und wir kennen ja die Krise des Mangels, die hat es ja früher oft gegeben, und die Krise des Überflusses. Und die 800 000 Arbeitslosen sind natürlich eine Krise des Überflusses, weil zuviel produziert worden ist, was nicht verkauft werden konnte und damit Hand-in-Hand-greifend ist diese Rationalisierungswelle, diese Arbeitsplatzvernichtung. Das spielt eine sehr große Rolle. Da spielen zwei Faktoren, einmal die Überproduktion, die nicht mehr verkauft werden konnte, und die starke Rationalisierung, die Arbeitsplatzvernichtung durch technische Erneuerung. Das Problem sehe ich eben, wie gesagt, die vorhandene Arbeit zu verteilen auf die Arbeiter, die da sind.« (121/35)

Daß dies ein Ansatz von Thematisierung ist, zeigt sich auch darin, daß der Befragte nicht-autoritäre Maßnahmen zur Lösung der Arbeitslosigkeit befürwortet, indem er für die gewerkschaftliche Forderung der Verteilung der Arbeit auf alle Lohnabhängigen plädiert.

Insgesamt dürfen die Ansätze zur thematischen Wahrnehmung der Krisenphänomene nicht überschätzt werden. Nur wenige Befragte thematisieren den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Krise im Rahmen einer Theorie der Gesellschaft. Es ist sicher kein Zufall, daß es sich dabei um eine mehr oder minder intensive Rezeption der Marxschen Theorie handelt, deren quasi offizielle Bedeutung in der Arbeiterbewegung zwar stark zurückgegangen, an deren Stelle aber keine zusammenhängende andere Theorie getreten ist. Dies zeigt sich auch in den Interviews der vorliegenden Untersuchung. Wenn von den Befragten der Gesamtzusammenhang von Arbeitslosigkeit und Krise thematisiert wird, dann verwenden sie dabei fast immer in mehr oder minder großem Ausmaß Erklärungsmuster aus der Marxschen Theorie oder der marxistischen Theorietradition.

Hier als Ausnahme muß ein politisch nicht gebundener Werkzeugmacher angesehen werden, der die aus der Marxschen Theorie gewonnenen Erklärungsmuster, die er auf einem hohen Abstraktionsniveau vorbringt, mit exemplarischen Darstellungen verknüpft, die er seinem alltäglichen Erfahrungsbereich entnimmt. Dies macht seine Aussage zu einem exemplarischen Beispiel für eine Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit und Krise, die auf thematischer Reflexion beruht.

Der Befragte beginnt seine Überlegungen über die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Krise

mit einer Charakterisierung wesentlicher Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses:

»Die kapitalistische Gesellschaft ist eine warenproduzierende Gesellschaft. Die einen sind die Besitzer der Produktionsmittel, die anderen Besitzer ihrer Ware Arbeitskraft, die sie dem Besitzer verkaufen, produzieren Waren für diesen Unternehmer, den Kapitalisten! Der verkauft sie quasi an den Produzenten zurück. – (Man) muß das jetzt gesellschaftlich sehen.« (501/37)

Nach dieser Charakterisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses benennt der Befragte den nächsten Schritt seiner Überlegungen, den Zweck, den die Produktion für die Unternehmer hat:

»Die Unternehmer machen ihre Gewinne, und diese Gewinne sind prinzipiell zu niedrig. ... Und es muß also immer mehr produziert werden, damit auch immer mehr abgesetzt werden kann, wobei natürlich wiederum die Gewinne steigen.« (501/37-38)

Der Zweck der Produktion, der Profitmaximierung zu dienen, führt die Unternehmer dazu, daß sie

»soviel produzieren wie möglich und mit so wenig wie möglich Arbeitskräften und so arbeitsintensiv wie möglich.« (501/38)

Daher ist der kapitalistische Produktionsprozeß in der vom Befragten angestellten Reflexion auch notwendig von Arbeitsintensivierung und Rationalisierung, und das heißt auch von Arbeitslosigkeit begleitet.

Der Befragte bleibt jedoch nicht bei der theoretischen Analyse des Krisenzusammenhangs stehen, er konstatiert auch die Auswirkungen auf die Lohnarbeiter, das heißt er kritisiert die in der Konkurrenz befangenen Verhaltensweisen, die die Krisenreaktion vieler seiner Kollegen ist, und fordert stattdessen eine Rückbesinnung auf das gewerkschaftliche Grundprinzip:

»Jeder fuscht und arbeitet noch mehr, damit er dann doch nicht rausgeschmissen wird, und man ist schön brav und hält den Mund, und jeder hofft, daß die Krise an ihm vorüberziehen möge. Anstatt zu kapieren, daß man diese Krise gemeinsam meistern kann.«

»Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit, daß die Arbeiter untereinander so etwas wie Solidarität üben.« (501/38)

Teil II: Krisenreaktion und Gewerkschaftspolitik

Die bei den Lohnabhängigen festgestellte Wahrnehmungsform der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen ist eine der Bedingungen des gewerkschaftlichen Handelns in der Krise. Im folgenden sollen einige Thesen dazu formuliert werden, in welchem Wechselverhältnis die Formen der Krisenwahrnehmung mit der gewerkschaftlichen – betrieblichen wie überbetrieblichen – Politik stehen. Im Vordergrund steht dabei die Analyse der reduktionistischen Krisenwahrnehmung.

Die reduktionistische Wahrnehmung und die ihr entsprechenden Forderungen zur Krisenlösung widersprechen dem gewerkschaftlichen Grundprinzip der Solidarität und verringern zunehmend den Handlungsspielraum der Gewerkschaften. Zunächst soll nach den Ursachen für das Vorherrschen der verschiedenen Formen der reduktionistischen Wahrnehmung gefragt werden.

Ursachen der reduktionistischen Krisenwahrnehmung

Die Pointe der gesellschaftlichen Abhängigkeit der Privateigentümer der Ware Arbeitskraft liegt darin, »daß das Privatinteresse selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse ist und nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden kann; also an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden ist.« (Grundrisse, S. 74) Die Lohnabhängigen müssen ihre Interessen in der Konkurrenz mit den Mitteln der Konkurrenz durchsetzen. Im allgemeinen sehen sie zur Konkurrenzgesellschaft keine gesellschaftliche Alternative, wie auch die Ergebnisse unserer Untersuchung belegen. Da die Interessendurchsetzung an die Reproduktion der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gebunden ist, machen sie folglich deren Reproduktion selbst zu ihrem Interesse.

Die auf die Konkurrenz bezogene Praxis der Lohnarbeiter, in der ihnen der von ihnen selbst produzierte gesellschaftliche Zusammenhang als quasi natürliche Voraussetzung ihres Handelns gegenübertritt, ist demnach der gesellschaftliche Grund für das verbreitete »gewöhnliche Bewußtsein« (MEW 23-25).

Die Durchsetzung der Privatinteressen der Lohnabhängigen wäre nun im gesellschaftlichen Medium bloßer Privatverträge unmöglich. Wesentliches Mittel zur Interessendurchsetzung ist die tendenzielle Aufhebung der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander in einer Gewerkschaft; die Gewerkschaft wird in dieser Notwendigkeit von den Lohnabhängigen auch erkannt, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob sie selbst gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht. Die Gewerkschaft ist also – obwohl sie in ihrem Grundprinzip über die Konkurrenz hinausweist – zunächst ein Mittel der Lohnarbeiter zur Durchsetzung in der Konkurrenz.

Das Reproduktionsrisiko des Lohnarbeiters, für seine Arbeitskraft keinen Käufer zu finden, kann die Gewerkschaft nicht aufheben; es bedeutet eine grundlegende Unsicherheit der Lohnarbeiterexistenz. Diese Unsicherheit ist in Krise wie Prosperität für verschiedene Gruppen der Lohnarbeiter unterschiedlich virulent, aber als objektive Gefährdung des kontinuierlichen Einkommens und damit der Sicherheit der Reproduktion für alle Lohnabhängigen festzustellen. Konkret verschärft sich diese Möglichkeit des Arbeitsplatzverlustes in der Regel mit der im Verlauf des Arbeitslebens sich vollziehenden Vernutzung der Arbeitskraft, mit geringer werdendem Arbeitsvermögen.

Das allen Lohnarbeitern gemeinsame Reproduktionsrisiko setzt sich als gesellschaftliche Topik im individuellen Bewußtsein durch, auch wenn eigene Erfahrungen von Arbeitslosigkeit nicht vorliegen. Dies belegten schon die bekannten soziologischen Studien zum Arbeiterbewußtsein, wie die von Popitz/Bahrtdt und Kern/Schumann, die die Furcht vor Arbeitslosigkeit als eines der konstanten Elemente des Arbeiterbewußtseins nicht nur für die 50er, sondern auch für die 60er Jahre benannten.

Daß sich diese Furcht nicht nur auf ein abstraktes Wissen um die Austauschbarkeit der Arbeitskraft – und damit der Person – im Produktionsprozeß stützt, sondern ihren Hintergrund in realen Erfahrungen eines Teils der Lohnarbeiter hat, zeigt noch heute unsere Studie: während für die Lohnarbeiter bis in die 60er Jahre die Weltwirtschaftskrise als traumatische Erfahrung präsent blieb, gilt heute ähnliches für die älteren Arbeiter, die die hohe Arbeitslosigkeit, die in der Nachkriegszeit in der BRD herrschte, erlebten. Von den über 40-jährigen in unserem Sample war ein erheblicher Prozentsatz in den Jahren bis 1954 über einen längeren Zeitraum oder mehrere Male arbeitslos. Darüberhinaus wurde die Anpas-

sung der Belegschaftszahlen an die jeweilige konjunkturell unterschiedliche Auftragslage bis Ende der 50er Jahre und auch in der Krise 1966/67 von den Betrieben über Entlassungen vollzogen, die durchaus auch Angehörige der Stammbeschaften betrafen. Zwar bedeutete dies im allgemeinen wirtschaftlichen Expansionstrend in der Regel keine längerfristige Arbeitslosigkeit, doch die Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes war und ist massenhaft vorhanden.

Die Ergebnisse unserer Studie gehen jedoch über die erneute Feststellung einer verbreiteten Furcht vor der Arbeitslosigkeit hinaus. In der hermeneutischen Analyse der Bewußtseinsstrukturen kann gezeigt werden, daß die Existenzunsicherheit in den Individuen existenzielle Angst erzeugt. Diese meist unbewußte Existenzangst hat bei vielen Lohnarbeitern persönlichkeitsstrukturierende Bedeutung.

Schutz vor der Bedrohung durch die Krise

Aus den genannten Studien wie aus unseren eigenen Ergebnissen geht hervor, daß die Existenzangst als ein Element des Arbeiterbewußtseins sich auch über die Prosperitätsperiode erhalten hat.

Angesichts der grundsätzlichen Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der Reproduktion suchen viele Mitglieder in der Gewerkschaft latent einen Schutz vor Vereinzelung und Unsicherheit, weil sie ihre Reproduktionsinteressen vertritt. Diese Verarbeitung der vorbewußten Angst und der Sicherheitsbedürfnisse wurde in der hermeneutischen Analyse vieler Arbeiterinterviews sichtbar. In den manifesten, den Arbeitern bewußten Ansprüchen an die Gewerkschaft stehen zwar meist ihre tarif- und sozialpolitischen Aufgaben im Vordergrund; dies entspricht auch ihrem Selbstverständnis als Gewerkschaftsmitglieder. Die Bedeutung der latenten Ansprüche für die Ausprägung der manifesten Urteile über die Gewerkschaftspolitik, etwa über Lohnforderungen oder Streik, kann jedoch gar nicht überschätzt werden.

Die Ambivalenz von latenten und manifesten Ansprüchen ist eine der Ursachen für die Schwierigkeiten zwischen Gewerkschaftsorganisation und Arbeiterschaft; unter den Bedingungen der Krise treten sie nur verschärft hervor. Das Schutzbedürfnis bezieht sich auf ein unterdrücktes, zumindest unartikulierte Element des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, das in dem Prinzip: Solidarität als *Verkehrsform* angesprochen ist. Die latente Erwartung, daß die Gewerkschaft nicht nur allgemein die Konkurrenz um Arbeitsplatz und Lohn verringert, sondern die Distanz zwischen den Lohnarbeitern und der Organisation aufhebt und dadurch Sicherheit vermittelt, wird in der Regel von der gewerkschaftlichen Organisation nicht aufgenommen oder auch nur reflektiert. Zahlreiche Kritikpunkte der Arbeiter (nicht nur der Mitglieder) an der Gewerkschaft beziehen sich – wie weiter unten ausgeführt wird – auf das Problem der Distanz zwischen Arbeiterschaft und Gewerkschaft.

Schutzbedürfnis und Entsolidarisierung

Die Entstehung und Stabilisierung der reduktionistischen Krisenwahrnehmung und der ihr entsprechenden Forderungen und Verhaltensweisen verweist auf eine bestimmte Form

der Verarbeitung der Existenzangst.

In der reduktionistischen Wahrnehmung der Krise und der eigenen Betroffenheit wird eine mögliche Bedrohung abgewehrt. Die Abwehr bedient sich verschiedener Mittel (Vgl. dazu Teil I):

- Verleugnung und Bagatellisierung als Mechanismen der Verdrängung,
- Personalisierung und Schuldzuweisung als Mechanismen der Projektion: »die Opfer sind die Schuldigen«.

Diese Wahrnehmungsform hat Folgen für das individuelle und kollektive Verhalten der Lohnabhängigen, für ihre Krisenreaktion. Verdrängung und Projektion werden handlungsrelevant, sie wirken entsolidarisierend. Denn für das reduktionistische Bewußtsein, das heißt für den Willen der Lohnabhängigen, ihre Interessen in dem Rahmen, in dem dies nur möglich ist, in der Konkurrenz, durchzusetzen, stellen die Arbeitslosen eine doppelte Gefährdung dar. Einerseits verschärft die Arbeitslosigkeit objektiv die Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander und verschlechtert damit die Bedingungen der Interessendurchsetzung. Zum anderen zeigt die Arbeitslosigkeit die Tatsache der Unsicherheit der individuellen Reproduktion. Die gesellschaftlichen Ursachen der Bedrohung können nicht gesehen werden, da Krise und Arbeitslosigkeit nicht als gesellschaftliche Phänomene, sondern als individuell verschuldete interpretiert werden.

Aus der Logik dieser Krisenwahrnehmung folgt als Konsequenz der Rückzug auf individualistische oder gruppenegoistische Positionen; die bereits von der Krise Betroffenen werden aus der Gemeinschaft derjenigen, mit denen man gemeinsame Interessen hat, ausgegrenzt. Auf diese Art wird die bereits vom Kapital vollzogene Marginalisierung von Lohnarbeitergruppen von vielen Lohnarbeitern als soziale Ausgrenzung noch einmal vollzogen.

Die psychischen Sicherheits- und Schutzbedürfnisse, ihre Berechtigung und ihre Gefahren, waren in der Gewerkschaft bisher noch nicht Gegenstand bewußter Auseinandersetzung. Das hat dazu geführt, daß die unsolidarischen und gruppenegoistischen Artikulationsformen, die die unbearbeitet gebliebenen Schutzbedürfnisse vor allem in Krisenzeiten annehmen, sich undiskutiert und quasi naturwüchsig als eine Form betrieblicher und gewerkschaftlicher Reaktion auf Krisenmaßnahmen durchsetzen konnten. Individualistische und gruppenegoistische Verhaltensweisen sind der Konkurrenz ohnehin inhärent; sie stehen mit den genannten psychischen Verarbeitungsformen in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis.

In der Krise kann also dieser Schutzanspruch an die Gewerkschaft tendenziell unsolidarische Folgen haben, wenn es darum geht, die eigenen Interessen im Betrieb oder an einem bestimmten Arbeitsplatz durchzusetzen und die genannten Abwehrformen die Krisenwahrnehmung prägen. Die Interessen der Lohnarbeiter eines Betriebs erscheinen dann von den Interessen der Unternehmer dieser Branche oder dieses Betriebes kaum noch unterscheidbar; die korporativistische Krisenlösung, häufig auch das korporativistische Krisenmanagement der Gewerkschaft wird dann von den Betroffenen begrüßt und selbst gefordert.

In der Bedrohung durch die Krise tritt also bei vielen Arbeitern der latente Schutzanspruch in den Vordergrund ihres Verhältnisses zur Gewerkschaft. Forderungen nach Besitzstandswahrung nur für bestimmte Lohnarbeitergruppen oder die nach einem Vorrang der betrieblichen vor allgemeinen gewerkschaftlichen Interessen treten in Konkurrenz zu den tarifpolitischen Zielen der Gesamtorganisation und zu ihrer Orientierung an der Gesamtheit

der Lohnarbeiter.

In der Gewerkschaft ist bisher weder die Bedeutung der Existenzangst noch die des Schutzbedürfnisses als unbewußter Motive für Forderungen und Verhaltensweisen von Lohnarbeitern erkannt worden.

Das Unverständnis der reduktionistischen Wahrnehmung und ihrer Ursachen macht es der Gewerkschaft unmöglich, sich mit dieser Form der Krisenreaktion wirksam auseinanderzusetzen.

Reduktionistische Krisenreaktion

Die Gewerkschaft muß sich zur Zeit mit folgenden Verhaltensweisen auseinandersetzen: Die Auswirkungen der Krise fördern die Tendenz zu individualistischem Verhalten. Der Versuch, sich individuell so wirksam und unauffällig wie möglich durchzumogeln, erscheint erfolgsträchtig. Individualistisch ist nicht nur die passive Variante dieser Strategie: Anpassung an das Betriebsinteresse, Konfliktvermeidung, Nicht-Auffallen, widerstandslose Hinnahme von Krisenmaßnahmen in weniger wichtigen Interessenbereichen. Dies ist die Strategie »schwächerer« Gruppen; die Dominanz ihres Interesses an der Erhaltung des gegenwärtigen Arbeitsplatzes tritt dabei deutlich hervor. Auch die aktive Variante, das heißt die Entwicklung von betrieblichen oder überbetrieblichen Arbeitsmarktstrategien, läßt die Möglichkeit eines kollektiven Widerstandes gegen die betrieblichen Krisenmaßnahmen außer acht. Sie wird vor allem von Gruppen praktiziert, die eine starke Position auf dem Arbeitsmarkt haben.

Da der Individualisierungsdruck in der Krise von den Lohnabhängigen zugleich als Bedrohung empfunden wird, verstärkt sich die Sicht der Gewerkschaft als Schutzorganisation. Diese Sicht birgt allerdings ein unsolidarisches Element in sich: die Gewerkschaft wird bei den Arbeitern mit reduktionistischer Krisenwahrnehmung zur Schutzorganisation der *Beschäftigten* vor Arbeitsplatzverlust. Bei vielen Arbeitern geht diese Ausgrenzung so weit, daß nur noch die Gruppe von Beschäftigten, der man selber angehört, als schutzbedürftig angesehen wird. Beispielsweise wird versucht, die Konkurrenz zwischen verschiedenen Betriebsteilen oder Beschäftigtengruppen mit Hilfe von Betriebsrat und Gewerkschaft auszutragen. Die Grenze der eigenen Gruppenzugehörigkeit und der entsprechenden Solidarität kann auch nach anderen Kriterien gezogen werden: Nationalität, Geschlechtszugehörigkeit, Alter, »Arbeitswilligkeit« (die Beispiele in Teil I belegen diese Abgrenzungen). Die offene Benennung des unsolidarischen Charakters dieser Krisenreaktion – gelegentlich tritt sie durchaus in kämpferischem Gewande auf – und die Auseinandersetzung damit trifft in der Gewerkschaft auf Schwierigkeiten, die zunächst einmal grundsätzlich mit der Funktion der Gewerkschaft zusammenhängen: für die Vertretung der Lohnarbeiter *als Lohnarbeiter* muß sie die Konkurrenz als Rahmenbedingung akzeptieren. Die Frage nach den Ursachen für das Vorherrschen der reduktionistischen Wahrnehmung impliziert jedoch die Frage nach den Versäumnissen der gewerkschaftlichen Politik der letzten Jahre, vor allem in bezug auf die Integration der Frauen, der Ausländer, der Jugendlichen und der Arbeitslosen, genau der Gruppen also, denen in der reduktionistischen Krisenreaktion die Solidarität entzogen wird. Darüber hinaus ist unübersehbar – und wird in unserer Studie auch für die gewerkschaftlichen Vertrauensleute belegt –, daß die reduktionistische Krisenwahrnehmung ein gesellschaftliches Deutungsmuster ist, das auch bei gewerkschaft-

lichen Funktionären zu finden ist.

Über das Ausmaß der Entsolidarisierung und der Ausgrenzung von »Randgruppen« herrschen jedoch in der Gewerkschaft auch dort noch Illusionen, wo das Problem prinzipiell erkannt ist.

Indem die Gewerkschaft die Arbeitslosen als Teil der Arbeiterschaft weitgehend ignoriert, unterstützt sie die reduktionistischen Reaktionsformen oder setzt ihnen nichts entgegen. Die Ausgrenzung schwacher Gruppen wird verstärkt, wenn sich auch die Gewerkschaft Argumentationen zu eigen macht, die die Ursachen der Arbeitslosigkeit spezifischer Gruppen in den sie charakterisierenden Eigenschaften sieht. Von der Abgrenzung von »Problemgruppen« innerhalb der Gesamtzahl der Arbeitslosen bis hin zur Übernahme der interessengeleiteten Klischees, die bestimmten Gruppen keine Berechtigung auf einen Arbeitsplatz zugestehen (Frauen, Ausländer, älteren Arbeitnehmern), ist es kein weiter Weg.

Gewerkschaftliche Interessenvertretung versus Gemeinwohl

Die Krise hat einer in den 60er Jahren üblichen, im wesentlichen auf Verhandlungen und dem kalkulierten Einsatz von Kampfmaßnahmen beruhenden Form der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretung die Grundlage entzogen, nämlich den materiellen Konzessionsspielraum und die Konzessionsbereitschaft des Kapitals. Vergleichsweise geringere Erfolge können nunmehr nur mit größerem Einsatz durchgesetzt werden. Zwar konnten wir durchaus eine Folgebereitschaft der Mitglieder gegenüber der gewerkschaftlichen Führung feststellen, andererseits nimmt jedoch die Bereitschaft zu eigener Initiative ab. Um eine Verschärfung der Krise zu vermeiden, soll die Gewerkschaft jedoch niedrigere Forderungen stellen und sie weniger militant durchsetzen. Diese Forderung nach Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktionen bei denjenigen Lohnabhängigen, die ihre Interessenvertretung an die Gewerkschaftsorganisation als eine Art Versicherungsverein delegieren, zeigt eine spezifische Vorstellung vom Verhältnis der Arbeiterinteressen und der übergeordneten »allgemeinen« Interessen: im Allgemeinwohl erscheinen die jeweils spezifischen Interessen aufgehoben. Diese Lohnarbeiter sind der Meinung, daß in der Krise eine Weiterverfolgung ihrer besonderen Interessen die Sicherung des Gemeinwohls gefährden würde. Dies ist der Grund für die Ablehnung gewerkschaftlicher Militanz.

Angesichts der Krise verliert also die Gewerkschaft für sie weitgehend ihre Funktion, ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen. An die Stelle der Gewerkschaft tritt der Staat als Instanz zur Wahrung der allgemeinen Interessen. Von ihm wird erwartet, die Krisenauswirkungen zu mildern und Lösungen für den Ausweg aus der Krise zu finden.

Bei autoritären Lösungsmustern wird die Gewerkschaftsautonomie weitgehend irrelevant, bei anderen Lösungsvorschlägen sollen die gewerkschaftlichen Durchsetzungsformen beibehalten, aber den parteipolitischen oder parlamentarischen untergeordnet werden. Der autoritäre und disziplinierende Charakter der von diesen Arbeitern vorgeschlagenen staatlichen Maßnahmen zur Krisenlösung ist zwar kennzeichnend für die reduktionistische Krisenreaktion, doch fordern sie auch häufig Maßnahmen, bei denen der autoritäre Charakter nicht unmittelbar deutlich wird oder Maßnahmen, die durchaus keinen autoritären Zuschnitt haben. Ein Beispiel für ersteres ist der häufig geforderte Lohn- und Preisstop. Beispiele für den zweiten Fall sind etwa Subventionen für Unternehmen oder sozialpolitische Maßnahmen. Gemeinsam ist jedoch allen Vorschlägen, daß sie Aktivitäten vom Staat er-

warten und nicht eigene im Rahmen der Gewerkschaft entwickeln. Meist wird jedoch in den Vorstellungen über die Maßnahmen des Staates die aus der eigenen Angst resultierende Aggression deutlich: die von ihnen selbst verbal vollzogene Ausgrenzung von Ausländern oder Arbeitsscheuen soll vom Staat real vollzogen werden, der seine Gewaltmittel dafür einsetzen soll.

Politisierung als Ausweg?

Das Vertrauen in das staatliche Handeln ist nicht nur Ausfluß der reduktionistischen Krisenwahrnehmung, sondern liegt in der Logik des gesellschaftlichen Systems, in dem konsequente Interessenvertretung an die Grenze des innerhalb des Systems Durchsetzbaren stößt: die Eigentums- und Rechtsverhältnisse erscheinen nur auf der politischen Ebene transzendierbar oder zumindest Reformen zugänglich zu sein. Von daher ist die »Politisierung«, das heißt Parteimitgliedschaft gerade der besonders engagierten Gewerkschafter erklärbar, die im politischen Bereich mit den Mitteln der Partei- und Regierungsarbeit gewerkschaftliche Ziele durchzusetzen versuchen. Das Fehlen einer Theorie des Staates (nicht nur in den Gewerkschaften), die die Grenzen einer klassenspezifischen Durchsetzung der Arbeiterinteressen über den Staat – jenseits der Agententheorie des Staates – aufzeigen könnte, läßt kaum eine andere Orientierung zu.

Die Verbreitung der »Politisierung« bei Gewerkschaftsfunktionären stützt daher – wenn sie auch aus anderen Motiven entstanden ist – die Erwartungen an staatliches Handeln. Die schon lange gegebene »Politisierung« der Gewerkschafter und der Gewerkschaftspolitik wird damit in der Krise besonders handlungsrelevant: wenn – gerade bei einer SPD-Regierung – das Beschäftigungsniveau implizit als Legitimationsgrundlage des Staates angesehen wird, erscheint es plausibel, Beschäftigungsprogramme und sozialpolitische Maßnahmen zu fordern. In der Gewerkschaft herrscht weitgehendes Vertrauen in die Instrumentalisierbarkeit des Staates, wie diese Forderungen zeigen. Unter dieser Voraussetzung kann seine Aufgabe, die Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Konkurrenz zu sichern (auch wenn in der Krise zu diesem Zweck die schwächsten Mitkonkurrenten kurz- oder langfristig aus der Konkurrenz entfernt werden), nicht reflektiert werden. Die Gewerkschaft ist folglich nicht in der Lage, eine Erklärung des Gesamtzusammenhangs von Krise, Arbeitslosigkeit und Krisenüberwindungsstrategien von Kapital und Staat zu geben.

Die Differenz der politisch gerichteten Forderungen nach Staatsmaßnahmen »im Interesse der Lohnarbeiter« zu den Forderungen nach disziplinierenden Maßnahmen gegen die Betroffenen ist unter diesem Gesichtspunkt keine prinzipielle, sondern nur eine graduelle, denn beide verlegen die Interessendurchsetzung der Lohnarbeiter von der gewerkschaftlichen Ebene auf die des Staates.

Alternativen gewerkschaftlicher Krisenpolitik

Es ist nicht Aufgabe von Wissenschaftlern, anstelle der Gewerkschaft eine alternative gewerkschaftliche Politik in der Krise zu formulieren.

In den folgenden Bemerkungen sollen lediglich aus den Ergebnissen unserer Studie Hinweise auf Ansatzpunkte für eine andere Gewerkschaftspolitik gegeben werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine Politik der solidarischen Gegenwehr gegen Krisenmaßnahmen ist gegeben, denn kein Arbeiter – ob selbst organisiert oder nicht – hält die Gewerkschaft für überflüssig.

Als wichtiges Ergebnis unserer Studie ist jedoch festzuhalten, daß die Mehrzahl der Befragten explizit oder implizit Distanz zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Organisation artikuliert; dies ist nicht als Krisenreaktion zu verstehen.

Die Kritik, die viele Arbeiter an dieser Distanz zu Betriebsrat und Gewerkschaftsapparat äußern, beruht auf einer solidarischen Grundhaltung. Sie suchen nach Identifikationsmöglichkeiten, wie sie ihnen in außergewöhnlichen Situationen – etwa im Streik – geboten werden, auch im betrieblichen Alltag. Hier tritt ihnen allerdings die Organisation häufig in verhärteten bürokratischen Formen gegenüber; die Wege der Meinungsbildung und Entscheidung sind für sie undurchschaubar.

Auf der anderen Seite stellt sich die Gewerkschaft für diejenigen Lohnabhängigen, die eine eher thematisierende Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit und Krise zeigen, als eine Organisation dar, die gerade in der Krise – im Vertrauen auf staatlichen Eingriff – ihre Interessen nicht konsequent genug vertritt. Diese Arbeiter sind häufig auch kritisch gegenüber der reduktionistischen Wahrnehmungswise ihrer Kollegen. Denn die Thematisierung des Krisenzusammenhangs bedeutet eine reflexive, »offene« Auseinandersetzung auch mit der eigenen Bedrohung und auf dieser Basis auch die Möglichkeit der Solidarisierung mit schwächeren Gruppen. Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung, die sie vorschlagen, richten sich nicht gegen die Betroffenen, sondern sollen ihnen helfen. Lohnabhängige mit einer solchen Krisenwahrnehmung setzen sich eher für gewerkschaftliche Aktivitäten als für staatliche Maßnahmen zur Krisenüberwindung ein. Eine Reaktionsweise dieser Arbeiter auf die vielfachen Hindernisse, die einer Partizipation in der Gewerkschaft und einem Widerstand gegen Krisenmaßnahmen im Weg stehen, ist jedoch oft Resignation und Rückzug, gelegentlich Verbitterung.

Bei einem Teil der Lohnabhängigen und der betrieblichen Funktionäre, die sich in einem Prozeß der Thematisierung befinden, ist eine Radikalisierung ihrer Forderungen und ihrer Position zur *Form* der Interessenvertretung zu finden. Im Besonderen manifestiert sich die Radikalisierung in Situationen, in denen das betriebliche Kräfteverhältnis in Bewegung geraten ist: etwa bei Streiks, in Tarifbewegungen oder in betrieblichen Krisen. Hier sind auch die Betriebsbesetzungen einzuordnen, die in jüngster Zeit als Widerstand gegen Betriebs-schließungen organisiert worden sind.

Um solche solidarischen Aktivitäten der Lohnabhängigen zu fördern, müßte die bestehende Distanz zu den Organen der Interessenvertretung abgebaut werden. Die Distanz kann nur durch persönliche Nähe im Betrieb, am Arbeitsplatz aufgehoben werden. Dies kann nur in der Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute geleistet werden. Je enger die Vertrauensleutearbeit an ihre gewerkschaftliche Bestimmung der solidarischen und kollektiven Interessenvertretung gebunden ist, umso eher kann der Tendenz zur Entsolidarisierung gegengesteuert werden. Dazu ist es notwendig, daß der Vertrauensmann in seiner Gruppe arbeitet und nur von dieser – und nicht »parlamentarisch« von größeren Einheiten – gewählt wird. Vertrauensleutearbeit im Sinne der Aufhebung der Distanz bedeutet zum Beispiel, daß regelmäßige Versammlungen der Arbeitsgruppe stattfinden, um eine kontinuierliche Information durch den Vertrauensmann und eine Kommunikation zwischen den Beschäftigten zu gewährleisten. Damit die Vertrauensleute ihre Aufgabe wirksam erfüllen können, muß ihre Stellung in der Gewerkschaft und im Betrieb aufgewertet und ab-

gesichert werden. Das betrifft vor allem ihre Beteiligung an den gewerkschaftlichen Entscheidungsprozessen. Die Schwierigkeiten, ein solches Konzept, das Thematisierungsprozesse begünstigt, in der Gewerkschaft, wie sie sich heute darstellt, zu realisieren, sollen hier nicht bagatellisiert werden.

Auf betrieblicher und lokaler Ebene zeigen sich jedoch in der Gewerkschaft Tendenzen, die die »Politisierung« der Gewerkschaftspolitik rückgängig machen wollen und dezentrale und alltägliche Formen gewerkschaftlicher Gegenwehr entwickeln und praktizieren.

Damit die Erkenntnis der Krisenbetroffenheit nicht in pure Verzweiflung mündet, sollten mögliche Maßnahmen zur Abwendung oder Milderung der Krisenauswirkungen gründlich diskutiert und auf ihre Erfolgsaussichten hin überprüft werden. Auch in den Einzelgewerkschaften sind angesichts der Krise gegenläufige Tendenzen festzustellen. Es sei hier nur an die Auseinandersetzungen während des Stahlstreiks oder in der IG Chemie erinnert. Ein weiteres Beispiel ist die öffentliche Diskussion über die Richtung der Gewerkschaftspolitik zwischen Mahlein (IG DruPa) und Keller (IGTB). In dieser Polarisierung lassen sich Ansatzpunkte für eine realistische, die Probleme nicht verdrängende Politik erkennen.

Gewerkschaftliche Erklärungen des Krisenzusammenhangs und kollektive Strategien der Gegenwehr könnten so zu einer realistischen Alternative zu den projektiven Erklärungsmustern und den individualistischen Anpassungsstrategien werden, die bisher die Krisenreaktion der Lohnarbeiter beherrschen.

Literatur

- Freud, Anna 1936: *Das Ich und die Abwehrmechanismen*, München 1964.
Leithäuser, Thomas 1977: *Entwurf zu einer Empirie des Alltagslebens*, Frankfurt.
Schumann, Michael u.a. 1982: *Rationalisierung, Krise, Arbeiter*, Frankfurt.
SOFI 1981: *SOFI-Mitteilungen*, Göttingen, September.
Zoll, Rainer u.a. 1981: *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*, Köln.